

Gleichberechtigte Prüfung aller Varianten gefordert

Kreisspitze konkretisiert Erwartungen rund um die Planungen zur Kinzigtalbahn

Main-Kinzig-Kreis (re). Der geplante Ausbau der Bahnstrecke durch das Kinzigtal bleibt ein viel diskutiertes Thema. Der Kreistag hat sich am 29. September mit dem Projekt beschäftigt und bei der Deutschen Bahn umfassende Informationen abgefragt und konkrete Erwartungen formuliert. Die Kreisspitze hat nun in einem erneuten Schreiben offene Punkte an die verantwortliche Netz AG übermittelt. Vor allem will der Kreis eine gleichberechtigte Prüfung der Variante VIII sowie anderer vorgestellter Ergänzungs-, Änderungs- und Abweichungsvarianten. Dafür setzen sich Landrat Thorsten Stolz, Erste Kreisbeigeordnete Susanne Simmler und Kreisbeigeordneter Matthias Zach ein.

„Kreistag und Kreisausschuss wollen in die Lage versetzt werden, sich ein eigenes Bild von jedem einzelnen Trassenkorridor zu machen und jede Bewertung zu prüfen“, heißt es in dem Brief. Priorität habe der Schutz der Bürger. Für sie dürften weder die Attraktivität des Wohnstandorts noch die Lebensqualität in ihren Gemeinden Ein-

schränkungen erfahren. „Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht die Investitionskosten für solch ein Jahrhundertprojekt“, betonen die Dezerenten.

Um mögliche Zielkonflikte gemeinsam zu bewältigen, seien Kreisausschuss und Kreistag auf Informationen der Bahn angewiesen. Daher sei es erforderlich, weitgehende Transparenz über den Prüfungsprozess der Bahn zu schaffen. „Uns interessiert vorrangig, welche Kriterien geprüft und wie deren Ergebnis im Zusammenhang bewertet werden“, so Stolz, Simmler und Zach.

Entsprechend des Kreistagsbeschlusses werde erwartet, dass alle Trassenvarianten gleichwertig und gleichartig geprüft würden. Zwar böten Raumordnungsverfahren und Dialogforum eine gute Möglichkeit, alle Sichtweisen, Gruppen und Personenkreise an einen Tisch zu bringen, aber bisher habe es nach Ansicht der Kreisgremien keine wirklich vergleichbare Gegenüberstellung gegeben. Daher haben Kreistag und Kreisausschuss die vorab zu klärenden Punkte aufgelistet:

1. Grundsätzliche Beschreibung aller wesentlichen Anforderungen

der Bahn an die neue Bahntrasse im Bereich Gelnhausen/Fulda.

2. Grundsätzliche Beschreibung aller acht Trassenkorridore sowie gleichwertig andere vorgestellte Ergänzungs-, Änderungs- und Abweichungsvarianten ohne Wertung (Pläne, technische Angaben).

3. Zusammenstellung aller positiven und negativen Merkmale eines jeden Trassenkorridors.

4. Welche Umstände (positiv/negativ) fließen in die Bewertung jedes Trassenkorridors ein?

5. Welche Kriterien (Rechtsgrundlage, Gutachten, Annahmen) gelten für diese Umstände (Einbeziehung aller Lärmquellen, Schutz von FFH-Gütern, Wirtschaftlichkeit des Baus und des Betriebs)?

6. Nach welcher Methode erfolgt die Prüfung der einzelnen Kriterien, was ist Grundlage und Vorgabe für einzelne Annahmen und Gutachten (vor allen Dingen Lärm/Erschütterung/FFH-Schutzgüter)?

7. Nach welcher Methode und welchem Maßstab erfolgt die Feststellung und anschließende Bewertung von Prüfergebnissen?

8. Gegenüberstellung aller acht Trassenkorridore sowie gleichwertig

andere vorgestellte Ergänzungs-, Änderungs- und Abweichungsvarianten nach möglichst objektiven, transparenten und nachvollziehbaren Bewertungen und Ergebnissen.

Wie Stolz, Simmler und Zach betonen, sei es nicht die Absicht des Kreises, die Planung der Bahntrasse in eine politisch geprägte Diskussion zu überführen. Ziel müsse bleiben, gemeinsam eine optimale Trassenführung gegen mögliche Widerstände zu finden, die sowohl durch die Bahn als auch im politischen Raum vertreten werden könne.

Mit der entsprechenden Offenheit und Transparenz zwischen Bahn, Kreis und betroffenen Gemeinden sollte einvernehmlich ein Trassenkorridor ermittelt und festgelegt werden, der gegenüber den betroffenen Bürgern, Bürgerinitiativen, Verbänden und Interessenvereinigungen überzeugend erläutert und vertreten werden könne. Widerstände gegen die angestrebten Planungen sollten so weit wie möglich verringert und das Klagerisiko nach einer intensiven Abwägung deutlich gemindert werden, so die abschließende Perspektive des Kreisausschusses.